

**Der Bundesminister  
für Ernährung, Landwirtschaft  
und Forsten**

IV A 1 – 4141 –

Bonn, den 16. Juli 1962

An den Herrn  
Präsidenten des Deutschen Bundestages

**Betr.: Kosten- und Preisuntersuchungen für Agrarerzeugnisse  
innerhalb der EWG**

**Bezug: Kleine Anfrage der Abgeordneten Mauk, Wächter,  
Reichmann, Frau Dr. Klep-Altenloh und Genossen  
– Drucksache IV/558 –**

Vorgenannte Kleine Anfrage wird wie folgt beantwortet:

**Zu 1.**

Die Agrarpreispolitik Großbritanniens beruht derzeit auf den alljährlichen Kostenermittlungen und Preisüberprüfungen. Wenn Großbritannien diese Untersuchungen auch nach seinem Beitritt zur EWG beizubehalten wünscht, besteht für die Bundesregierung kein Anlaß, einen diesbezüglichen Wunsch nicht zu unterstützen.

**Zu 2. a) und b)**

Es handelt sich bei dem englischen System um einen nationalwirtschaftlichen Sonderfall. Die in den Niederlanden durchgeführten Kostenberechnungen und ihre wirtschaftspolitischen Konsequenzen lassen sich auf unsere Verhältnisse nicht ohne weiteres übertragen. Es ist daher noch nicht zu übersehen, ob derartige Kostenberechnungen eine brauchbare Methode und Grundlage für die gemeinsame Agrarpolitik in der EWG darstellen.

Die Kommission hat einen Sachverständigenausschuß damit beauftragt, Vorschläge für einen Informationsdienst zu machen, der vergleichbare Unterlagen aus den einzelnen Staaten über die Einkommenslage und den Einfluß der Produktionsfaktoren auf diese erbringen soll. Er sieht neben der Feststellung der Einkommenslage eine Kostenberechnung für den Gesamtbetrieb vor.

Die Bundesregierung ist bereits seit längerer Zeit an den Vorarbeiten dieses Informationsdienstes beteiligt. Inwieweit sich durch den Beitritt Großbritanniens im Aufbau des Informationsdienstes neue Gesichtspunkte ergeben, läßt sich z. Z. noch nicht übersehen.

**Schwarz**